

**Per E-Mail an: [stadtpraesident@bern.ch](mailto:stadtpraesident@bern.ch)**

Stadt Bern

Herr Alec von Graffenried, Stadtpräsident

Erlacherhof

Junkerngasse 47

Postfach

3000 Bern 8

Bern, 17. Oktober 2024

## **Stellungnahme zur Wirtschaftsstrategie 2024 Stadt Bern**

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 5. September 2024 eingeladen, zur Wirtschaftsstrategie 2024 Stellung zu nehmen. Der Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB) dankt Ihnen bestens für diese Einladung. Hiermit reichen wir gerne unsere Stellungnahme innert Frist ein.

### **I. Grundsätzliche Würdigung**

Der VAB anerkennt und begrüsst, dass die Stadt Bern eine Wirtschaftsstrategie erarbeitet und dankt Ihnen für Ihr Engagement.

Aus Sicht der BERNER ARBEITGEBER beinhaltet das Dokument „Wirtschaftsstrategie 2024 Stadt Bern“ wertvolle Ansätze, insbesondere bei den Handlungsfeldern. Es fehlen im Dokument aber die Basis und die Wirtschaftsstrategie als solche. Das Dokument beschränkt sich auf einen Überblick aus Sicht des Wirtschaftsamt und definiert anschliessend Handlungsfelder und Ziele, die durchaus verfolgenswert sind, aber noch vertieft werden sollten.

Eine Strategieentwicklung sollte auf der Basis einer fundierten Analyse des Status quo erfolgen. Diese Analyse hat im Dokument „Wirtschaftsstrategie 2024 Stadt Bern“ nicht bzw. nur punktuell Eingang gefunden. So fehlen weitgehend

- eine Darstellung der heutigen Wirtschafts- und Unternehmensstruktur am Standort Bern;
- eine Auslegeordnung aus Sicht der privaten UnternehmerInnen und Unternehmen. Die Darstellung unter Ziff. 3.4 ist unvollständig;
- die Einbettung in die Agglomeration bzw. den Wirtschaftsraum Region Bern;
- die Bedeutung der Stadt Bern als Wirtschaftsmotor des Kantons Bern;
- die Darstellung der Bedeutung einzelner grösserer Unternehmen für den Standort Bern;
- Vergleiche mit anderen schweizerischen Wirtschaftszentren wie Basel, Zürich, Lausanne etc.

Alsdann fehlt eine Stärken-/Schwächenanalyse des Standortes Bern und gestützt darauf eine Risiko-/Chancen-/Potentialanalyse.

Mangels Basis gelingt es in diesem Dokument bisher nicht, eine eigentliche Wirtschaftsstrategie zu entwickeln. So bleibt unklar, was die Wirtschaftsstrategie der Stadt Bern ist, für welchen Zeitraum sie genau gelten soll (von heute bis 2035?) und welche messbaren Ziele in diesem Zeitraum wie genau (mit welchen konkreten Massnahmen? Mit welchen Mitteln?) erreicht werden sollen. Vielmehr konzentriert sich das Dokument auf sechs strategische Handlungsfelder, die zwar Ziele vorgeben, aber teilweise unklar bleibt, wie diese Ziele erreicht werden sollen.

## **II. Stellungnahme zu einzelnen Kapiteln**

### **1. Ausgangslage (Kapitel 1)**

Es wird zutreffend festgehalten, dass die Frage nach der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Bern bisher nur „marginal beschrieben“ worden ist. Diese Feststellung zeigt auf, welche untergeordnete Bedeutung die Wirtschaft in Politik und Gesellschaft der Stadt Bern traditionell hat. Deshalb erstaunt es auch nicht, dass ein Verständnis für die Wirtschaft in Berns Politik und Gesellschaft kaum vorhanden ist.

Praktisch unbeachtet von einer breiteren Öffentlichkeit verfügt Bern aber teilweise über erstklassige Ausbildungsstätten z.B. in gewerblich-industriellen Berufen (z.B. die gibb in Bern ist die grösste Berufsschule der Schweiz). Dank diesen Berufsbildungen gibt es in der Stadt Bern

zahlreiche innovative Unternehmen, auch in Branchen mit Potential wie der IT/Digitalisierung, das Gesundheitswesen/MedTech oder Bau/Architektur. Diese Wirtschaftsstrategie bietet die Chance festzulegen, in welche Richtung sich die Stadt Bern künftig wirtschaftlich entwickeln soll.

Der Anspruch der BERNER ARBEITGEBER ist, dass die Stadt Bern sich als Zentrum und Wirtschaftsmotor des Kantons Bern und darüber hinaus versteht, die den Anspruch haben muss, nebst Zürich, Basel, Lausanne und Genf ein führender Wirtschaftsstandort der Schweiz zu sein. Dies bedingt, dass Politik und Gesellschaft in der Stadt Bern der Wirtschaft einen völlig anderen Stellenwert zuweisen als bisher. Dies setzt voraus, dass die Wirtschaft künftig viel mehr zum Thema in der öffentlichen Diskussion und den Medien gemacht wird. Das bedingt aber auch, dass die Politik des Kantons Bern damit aufhört, die Stadt Bern ständig schwächen zu wollen, in dem z.B. Bildungsinstitutionen an ihrem Standort geschwächt werden im vermeintlichen Interesse, dadurch andere Regionen zu stärken. Wir würden es begrüßen, wenn die Wirtschaftsstrategie diesen hohen Anspruch als Ziel definiert und konkretisiert.

## **2. Konkrete Sorgen der Stadtberner Unternehmen (Ziff. 3.4)**

Es werden vier Sorgen und Anliegen von Stadtberner Unternehmen aufgeführt und für die Wirtschaftsstrategie als relevant bezeichnet. Diese Betrachtung ist unvollständig. Die Hauptsorgen der Stadtberner Wirtschaft betrifft ergänzend folgende Punkte (wobei nur Punkte aufgeführt werden, welche auf Ebene Gemeinde beeinflusst werden können):

### **- Die enorme Steuer – und Gebührenlast / Schuldenwirtschaft / Aufblähung des Verwaltungsapparates**

Die Belastung von Unternehmen und ihren (Mit-)Inhabern/Beteiligten durch Steuern und Gebühren ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsstandorten viel zu hoch. Ein Vergleich mit Gemeinden der Agglomeration ist nicht zielführend. Und der Hinweis, dass bei den Steuern die Hauptlast der Kanton verantwortet (was zutrifft; der Handlungsbedarf auf Kantonsebene ist offensichtlich), hilft auch nicht. Seit vielen Jahren steigen die Steuereinnahmen in der Stadt Bern. Anstatt haushälterisch damit umzugehen, wird das Geld ausgegeben, indem u.a. jedes Jahr zahlreiche neue Stellen in der Verwaltung geschaffen werden und die Schuldenlast erhöht wird. Dabei wäre ohne grosse Anstrengung eine

substanzielle Steuersenkung auf Gemeindeebene möglich, ohne dass Leistungen eingeschränkt werden müssten; bloss der politische Wille dazu fehlt. Dabei würde eine massvollere Steuerpolitik zur Attraktivität von Bern als Standort wesentlich beitragen. Denn Fakt ist, dass der Standortentscheid für Neuansiedlungen von kleineren und mittelständischen Unternehmen stets vor dem Hintergrund der privaten Opportunitäten getroffen wird. So erstaunt es nicht, dass Neuansiedlungen von wertschöpfenden Unternehmen in den letzten Jahren in Bern rückläufig sind.

- **Viel zu lange und teure Bauverfahren**

Seit Jahren monieren Unternehmen in der Stadt Bern und ihre Vertreter, dass die Bau- und Bewilligungsverfahren komplex, aufwändig und sehr teuer sind. Grosse Probleme bei der Planung und Ausführung von Bauprojekten schafft die häufig viel zu lange Dauer von Bewilligungsverfahren. Trotz der Neuansetzung von Mitarbeitenden auf den zuständigen Behörden ändert sich daran nichts. Es fehlt offensichtlich der politische Wille, die Verfahren zu vereinfachen, die Gebühren zu senken und die Verfahrensdauer zu reduzieren.

- **Die Verkehrsbehinderung**

Viele Unternehmen, seien es Gewerbebetriebe oder Betriebe, die auf eine Anlieferung angewiesen sind, oder Betriebe im Gesundheitswesen, sind auf private Verkehrsmittel angewiesen. Die in den letzten Jahren verfügten Verkehrsberuhigungen, Aufhebungen von Parkplätzen oder die überbezahlten Parkkarten werden von vielen UnternehmerInnen als Schikane betrachtet und führen täglich zu Ärger und Ablehnung gegenüber der Stadt und ihren Behörden.

- **Fehlende Wertschätzung**

Viele UnternehmerInnen stören sich daran, dass städtische Behörden zu wenig dienstleistungsorientiert handeln und bisweilen einen obrigkeitlichen Habitus gegenüber ihren sog. Kunden pflegen. Offenbar herrscht der Geist des Ancien Régime teilweise noch immer in den Amtsstuben, die bisweilen noch aus besagter Zeit stammen. Es wäre an der Zeit, dass die Kultur der Stadtverwaltung sich an heutigen Anforderungen anpasst, diese

mit den UnternehmerInnen einen partnerschaftlichen Austausch pflegen und sie wertschätzen. Das setzt aber voraus, dass diese atmosphärischen Störungen dem Gemeinderat bewusst sind und er bereit ist, konkrete Massnahmen zu deren Behebung einzuleiten.

- **Fragliche Perspektiven für Unternehmen in der Stadt Bern**

Ungünstige Rahmenbedingungen, seien sie hausgemacht (wie die oben geschilderten) oder einem Megatrend wie der Demographie und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel geschuldet, führen dazu, dass immer mehr traditionelle Gewerbebetriebe (z.B. Metzgereien, Bäckereien, lokale Bekleidungsgeschäfte) schliessen.

Der Trend zur Abwanderung der Stadt insbesondere von Industrie und Gewerbebetrieben wird dadurch begünstigt, dass solche Betriebe aus der Stadt – sie dies durch behördliche Auflagen oder durch Anwohner – vertrieben werden.

Schliesslich stellen wir fest, dass Neuansiedlungen von grösseren Unternehmen mit einer entsprechenden Wertschöpfung in den letzten Jahren immer seltener geworden sind.

Wir würden es als sinnvoll erachten und schätzen, wenn Sie diese unbestreitbaren Sorgen und Anliegen der Unternehmen, die seit Jahren auf dem Tisch liegen, in die Wirtschaftsstrategie einfliessen lassen, damit die Wirtschaftsstrategie den effektiven Herausforderungen begegnen kann.

**3. Vision (Ziff. 4.1)**

Es ist richtig und wichtig, eine Vision zu formulieren und damit vorzugeben, was der angestrebte Endzustand im Jahr 2035 sein soll. Allerdings ist diese Vision zu beliebig formuliert und ihre Erreichung nicht messbar. Wenn es der Stadt Bern ernst ist mit dieser Wirtschaftsstrategie, so sollte sie den Mut haben, die Vision konkreter zu fassen, z.B. wie folgt:

*„Die Stadt Bern ist eine der 5-Top-Wirtschaftsstandorte der Schweiz. Sie ist europaweit als führender Standort in den Bereichen Gesundheit/Med-Tech, Weltraumforschung und IT/Digitalisierung bekannt. Sie zieht im schweizweiten Vergleich überdurchschnittlich viele Investitionen und Start-ups an und gilt als begehrter Standort für Neugründungen von Unternehmen,*

*weil diese auf eine digitalisierte, kundenorientierte Verwaltung zählen können und attraktive Rahmenbedingungen antreffen.“*

#### **4. Handlungsfelder und Ziele (Ziff. 4.2)**

Handlungsfeld 1: Werkplatz Bern. Wir begrüßen ausdrücklich

- die Schaffung einer zentralen Datenbank über alle Flächen für Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen im Wirtschaftsraum Bern,
- die Schaffung einer zentralen Anlauf- und Koordinationsstelle für Unternehmen,
- die Vereinfachung von gesetzlichen Vorgaben und Bewilligungsverfahren,
- den regelmässigen Austausch mit der Verwaltung.

Die Handlungsfehler 3 und 4 als strategische Handlungsfelder für die nächsten 11 Jahre zu definieren, erachten wir als Fehler. Die Wirtschaft wird in weit grösserem Zusammenhang (international und national), sei es durch regulatorische Vorgaben oder selbstmotiviert nachhaltiger werden wollen und müssen. Es ist fast etwas rühmig zu meinen, dass die Verwaltung einer kleinen Stadt wie Bern in einer internationalisierten Wirtschaft die Unternehmen im Bereich Kreislaufwirtschaft unterstützen soll. Das heisst aber nicht, dass die Stadt Bern nicht selbst nachhaltiger werden soll.

Ein falscher Schwerpunkt wird damit gesetzt, wenn die Stadt Bern meint, sie dürfe einen Wirtschaftsbereich bevorzugt behandeln und müsse Innovation, Vielfalt und Kreativität fördern. Damit verbunden ist ein falsches Verständnis von Wirtschaft. Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Wirtschaft zu fördern. Er kann das gar nicht. Dazu kommt, dass „Kreativwirtschaft“ nicht definiert ist und somit nicht klar ist, wer bzw. was überhaupt gefördert werden soll. Der Staat sollte sich darauf konzentrieren, gute Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen und nicht aus ideologischen Gründen die Kreativwirtschaft „kontinuierlich und nachhaltig zu stärken“.

Handlungsfeld 5: Vernetzung, Kooperation und die Pflege der Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern schafft günstige Voraussetzungen zur Lösungsfindung. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass die Stadt Bern daran festhalten will. Wir sehen dies aber nicht als strategische Stossrichtung sondern als Basisleistung.

Handlungsfeld 6: Hingegen begrüßen wir ausdrücklich die Zielsetzung in Bezug auf die Bildungs- und Wissenschaftsstadt. Diese strategische Stossrichtung hat das grösste Potential, um Mehrwert für den Wirtschaftsstandort Bern zu schaffen. Ganz wichtig ist dabei aber zu beachten, dass die mit Steuergeldern in Bern ausgebildeten Fachkräfte sich auch in Bern niederlassen, in der Bernischen Wirtschaft tätig werden und hier Steuern bezahlen. Heute verlassen viel zu viele in Bern gut ausgebildete junge Menschen den Standort Bern, weil es im Raum Zürich, Basel, Lausanne, Genf oder im Ausland attraktivere Perspektiven gibt. Z.B. Abwanderung von jungen LehrerInnen, weil der Lohn im Kanton Bern für Lehrkräfte nicht konkurrenzfähig ist; Abwanderung von jungen IT-Fachleuten, weil die Löhne im Raum Zürich (z.B. bei Google) substanziell höher sind als in Bern; Abwanderung von jungen Juristen, weil es viel attraktivere, international ausgerichtete Stellen z.B. in Zürich gibt. Wir regen deshalb an, ein Konzept und gestützt darauf ein Massnahmenpaket zu entwickeln, wie dieser „Braindrain“ nachhaltig gestoppt werden kann.

Die 6 Handlungsfelder sind unvollständig und setzen teilweise falsche Prioritäten. Das grösste Potential am Standort Bern hat die Gesundheitsbranche inkl. MedTech und Pharma sowie die IT-/Digitalisierungsbranche. Aufgrund des erstklassigen Rufes der Universität Bern in Teilbereichen der Weltraumforschung hat dieser Bereich ein enormes, noch ungenutztes wirtschaftliches Potential. Wenn also der Standort Bern nachhaltig wirtschaftlich gestärkt werden soll, so müsste unbedingt ein Schwergewicht auf diese Branchen gelegt werden.

Auch müsste geprüft werden, ob nicht – in einem weiteren Anlauf – die ETH einen Standort in Bern eröffnen könnte. Die ETH ist in Europa die erste Adresse als technische Universität. Der wirtschaftliche Effekt der ETH – sei es als Anziehungspunkt für höchstqualifizierte Forschende aus der ganzen Welt, oder die Ansiedlung unzähliger High-Tech-Unternehmen im Raum Zürich bzw. Lausanne oder die Spin-offs der EHT/EPFL – ist für die heutigen Standorte enorm. Es ist nicht einzusehen, wieso Bern insbesondere im Bereich Gesundheitswesen ausser vor bleiben sollte.

Schliesslich müsste geprüft werden, wie die Finanz- und Versicherungswirtschaft am Standort Bern gestärkt werden könnte. Schon nur die Ansiedlung eines zweiten grossen Versicherungsunternehmens nebst der Mobiliar Versicherungsgesellschaft hätte den grossen Vorteil, dass der Markt belebt würde. Denn heute hat die Mobiliar – wie viele andere bedeutende Unternehmen in Bern auch – Probleme, um Mitarbeitende aus anderen Wirtschaftsräumen nach Bern zu holen, und zwar nicht nur wegen der exorbitanten Steuerlast und dem Unwillen, in die Provinz (das ist nicht abschätzig gemeint, sondern entspricht der Wahrnehmung vieler junger, mobiler Leute) umzuziehen, sondern vor allem weil sie in Bern keine Alternativen an Arbeitgebern haben.

### **III. Fazit und Empfehlung**

Zusammenfassend halten wir gerne fest, dass das Dokument „Wirtschaftsstrategie Stadt Bern 2024“ viele gute Ansätze beinhaltet. Es wäre aber gewinnbringend, wenn der Fokus noch etwas verbreitert und die oben aufgeführten Themen auch Berücksichtigung finden könnten. Sodann wäre es wichtig, die Analyse und namentlich die Ausarbeitung der Strategie zu vertiefen. Schliesslich ist der Umsetzung hohe Beachtung zu schenken. Es müsste sinnvollerweise mit einem Projektteam gearbeitet, und die nötigen Mittel dafür bereitgestellt werden.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme und sind selbstverständlich gerne bereit, uns im weiteren Verlauf der Strategieentwicklung und -umsetzung einzubringen, falls dies gewünscht sein sollte.

Mit freundlichen Grüssen

**Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)**



Dr. Christoph Zimmerli  
Geschäftsführer